

**Dr. Eckehart Ehrenberg**

---

**Von:** "Sascha Kimpel" <kimsas@web.de>  
**An:** <wahlalternative-ko@lists.wq21.net>  
**Gesendet:** Sonntag, 6. Juni 2004 19:25  
**Einfügen:** EuG-21-GSW-Verkauf.doc  
**Betreff:** [Berliner-Wahlalternative-Ko] Einladung - Privatisierungspolitik in Berlin stoppen - Offenes Treffen zur Planung einer Kampagne gegen Privatisierungspolitik - am Dienstag, den 8. Juni, 19h

Berliner Bündnis gegen Sozial- und Bildungsraub/Berliner Sozialbündnis

[www.w.berliner-sozialbuenndnis.de](http://www.w.berliner-sozialbuenndnis.de)

[bbgsb@web.de](mailto:bbgsb@web.de)

**AG Privatisierungspolitik**

Ansprechpartner

Sascha Kimpel  
kimsas@web.de  
0179-723 9667

Wener Halbauer  
whalbauer@web.de  
0163-616 01 89

Berlin,

den 2. Juni 2004

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Berliner Senat forciert eine Politik der Privatisierung und des Lohnraubs. So wird den Beschäftigten bei Vivantes mit Privatisierungen gedroht, falls sie dem Sanierungsplan der Konzernleitung nicht zustimmen. Der BVG-Vorstand plant den Abbau von weiteren 4000 Arbeitsplätzen und einen Lohnverzicht von bis zu 30 Prozent. Die Kolleginnen und Kollegen der BVG wollen diesen Ausverkauf nicht mitmachen, in über 29 Verhandlungsrunden konnten sich die gewerkschaftlichen Vertreter mit dem BVG-Vorstand nicht einigen. Jetzt sollen die 70 000 GSW-Wohnungen verkauft und damit privatisiert werden, negative Konsequenzen für die jetzigen Mieter drohen (vgl. die Broschüre im Anhang). Die Wasserpreise stiegen zum 1.1.2004 um 15 Prozent, den Konzernen RWE und Viola werden über 40 Millionen Euro geschenkt, um deren Profitrate von 8 Prozent zu sichern.

Mittlerweile ist bekannt, dass die Verschönerung öffentlichen Eigentums und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen negative Konsequenzen für die öffentlichen Einrichtungen, Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub und eine Absenkung des Lebensstandards für die Bevölkerung hat. Da wir nicht erwarten können, dass die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien sich diese Sichtweise zu eigen machen, lädt das Berliner Sozialbündnis euch ein, um gemeinsam über gemeinsame Schritte gegen die Privatisierungspolitik des Senats zu beraten. Konkret schlagen wir euch eine Anti-Privatisierungskampagne vor.

**Wir treffen uns am Dienstag, den 8. Juni ab 19h im**

**Berliner Ver.di-haus,  
Köpenickerstr.55**

**(U-Bhf Heinrich-Heine-Str, U8)  
im Raum 216**

Im Rahmen des stadtpolitischen Kongresses am kommenden Wochenende bieten wir im Rahmen der Ideenwerkstatt an, einen ersten Diskussions- und Ideenaustausch zu organisieren (siehe Anhang).

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir uns am Dienstag sehen würden. Falls ihr Interessierte kennt, die an dem Treffen teilnehmen wollen, ladet sie ein!

Falls eine Teilnahme nicht möglich ist, bitte wir um eine Benachrichtigung an [kimsas@web.de](mailto:kimsas@web.de) oder 0179-723 9667.

Mit solidarisches Grüßen,  
das Berliner Sozialbündnis

---

Wahlalternative-Ko mailing list  
[Wahlalternative-Ko@lists.wg21.net](mailto:Wahlalternative-Ko@lists.wg21.net)  
<http://lists.wg21.net/mailman/listinfo/wahlalternative-ko>